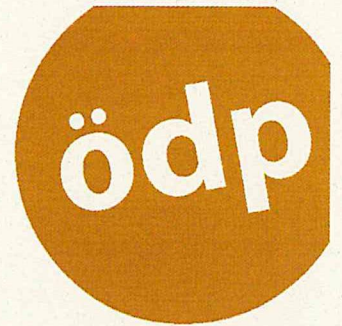


Nr. 158

Elke März-Granda
Dr. Stefan Müller-Kroehling



Ökologisch-Demokratische Partei

An den
Stadtrat Landshut
Rathaus
84028 Landshut

Landshut, den 10.01.2021

Antrag zur Schutzgebietsverordnung „Hackerhölzl“:

In die Schutzgebietsverordnung „Hackerhölzl“ sollen beigefügte Ergänzungen aufgenommen werden.

Begründung:

Die vorgeschlagenen Ergänzungen der Schutzgebietsverordnung schaffen mehr Rechtssicherheit, indem sie unklare Punkte regeln und so Auslegungs- und Anwendungsprobleme der Schutzgebietsverordnung im Vorneherein reduzieren. So kann sichergestellt werden, dass das Schutzgebiet dauerhaft seine Schutzaufgaben bestmöglich erfüllen kann.

Mit freundlichen Grüßen

Elke März-Granda

Dr. Stefan Müller-Kroehling

Entwurf

Verordnung der Stadt Landshut über den Schutz eines Landschaftsbestandteiles im Hügelland südlich des Englbergweges (Hackerhölzl) vom ...

Aufgrund der §§ 20 Abs. 2 Nr. 7, 22 Abs. 1 und 2 und 29 Bundesnaturschutzgesetz (BNatSchG) vom 29. Juli 2009 (BGBl. I S. 2542), zuletzt geändert durch Verordnung vom 19. Juni 2020 (BGBl. I S. 1328), sowie der Art. 12 Abs. 1 S. 1 und Art. 51 Abs. 1 Nr. 5 Bayerisches Naturschutzgesetz (BayNatSchG) vom 23. Februar 2011 (GVBl. S. 82), zuletzt geändert durch Gesetz vom 21. Februar 2020 (GVBl. S. 34), erlässt die Stadt Landshut als untere Naturschutzbehörde folgende

Verordnung

§ 1

Schutzgegenstand

Schutzgegenstand ist der Wald südlich des Englbergweges am Eingang des Salzdorfertales von der Veldener Straße aus. Der in § 3 beschriebene und abgegrenzte Landschaftsbestandteil im vorgenannten Bereich wird unter der Bezeichnung „Hackerhölzl“ als Landschaftsbestandteil geschützt.

§ 2

Schutzzweck

Zweck der Schutzgebietsausweisung „Hackerhölzl“ ist es,

1. die Erhaltung, Entwicklung und Wiederherstellung der Leistungs- und Funktionsfähigkeit des Naturhaushalts zu sichern, **insbesondere der Schutz der Biodiversität reifer Waldökosysteme,**
2. die durch den Wald gegebene Belebung, Gliederung und Pflege des Orts- und Landschaftsbildes zu bewahren,
3. schädliche Einwirkungen abzuwehren.

§ 3

Schutzgebietsgrenzen

- (1) Der Landschaftsbestandteil hat eine Größe von ca. 3,3 ha. Er wird im Norden und Westen im Wesentlichen begrenzt durch die bestehende Bebauung und den Englbergweg, im Osten und im Süden durch landwirtschaftlich genutzte Flächen.
- (2) Die Grenzen des Landschaftsbestandteiles sind in der dieser Verordnung als Anlage beigefügten Karte im Maßstab 1:1.000 schwarz umrandet und das Schutzgebiet ist flächig schraffiert dargestellt. Als Grenze gilt der Innenrand der schwarzen Abgrenzungslinie. Die Karte ist im Original im Maßstab 1:1.000 bei der unteren Naturschutzbehörde der Stadt Landshut verwahrt. Maßgebend für den genauen Grenzverlauf ist ausschließlich die bei der Unteren Naturschutzbehörde der Stadt Landshut verwahrte Karte im Maßstab 1:1.000. Die Karte kann dort während der Dienststunden eingesehen werden.

§ 4

Verbote

- (1) Vorbehaltlich einer Befreiung nach § 6 ist es in dem in § 3 genannten Landschaftsbestandteil verboten, Handlungen vorzunehmen, die geeignet sind, den Charakter des Gebietes zu verändern, die Leistungsfähigkeit des Naturhaushalts zu schädigen oder den Naturgenuß zu beeinträchtigen.
- (2) Es ist insbesondere verboten,
 1. außerhalb der dem öffentlichen Verkehr gewidmeten Straßen, Wege und Plätze mit Kraftfahrzeugen aller Art und Krafträdern zu fahren oder diese dort abzustellen, sofern dies nicht im Rahmen der zulässigen Grundstücksnutzung durch den Berechtigten oder zur Ausübung erlaubnisfreier Nutzungen notwendig ist; ausgenommen sind Fahrzeuge für land- und forstwirtschaftliche Bewirtschaftung und Grundstücksanlieger,
 2. Hunde, ausgenommen Hüte- und Jagdhunde beim Einsatz, frei laufen zu lassen,
 3. die Ruhe in der Natur durch Lärm oder Benutzung von Tonübertragungsgeräten - unbeschadet der Vorschriften des Bayer. Landesstraf- und Verordnungsgesetzes bzw. des Bayer. Immissionsschutzgesetzes zu stören,
 4. Veranstaltungen durchzuführen, die mit erheblichem Lärm verbunden sind, auf andere Weise den Naturgenuß zu stören, Feuer zu machen oder den Naturhaushalt zu beeinträchtigen,
 5. außerhalb von Straßen oder geeigneten Wegen zu reiten oder mit Fahrrädern zu fahren,
 6. zu zelten, Wohnwagen aufzustellen, dies zu gestatten oder im Rahmen der Erholungsnutzung offene Feuerstätten zu betreiben,
 7. Flugmodelle mit oder ohne eigenen Antrieb sowie Hängegleiter und Ultraleichtflugzeuge zu betreiben,

8. standortfremde oder nichtheimische Pflanzen oder Tierarten einzubringen,
9. Bäume, die sichtbare Höhlungen **oder andere Habitatbaumstrukturen wie Rindentaschen** aufweisen (Biotopbäume), zu beseitigen, ohne zu prüfen, ob in den Höhlungen **oder Habitatstrukturen** streng geschützte Arten eine Brut- oder Lebensstätte haben, **Dies umfasst auch eine einzelbaumbezogene Überprüfung alternativer Möglichkeiten, den Baum verkehrssicher zu machen und zu erhalten. Sofern eine solche Alternative mit vertretbarem Aufwand möglich ist, hat die Fällung zu unterbleiben. Fällungen dürfen während der Vogelbrutzeit nur durchgeführt werden, wenn unmittelbare Gefahr im Verzug ist und Alternativen nicht zur Verfügung stehen.**
10. unbeschadet abfallrechtlicher Vorschriften das Gelände zu verunreinigen,
11. bauliche Anlagen zu errichten oder zu ändern oder ihre Nutzung zu ändern, auch wenn sie nicht baugenehmigungspflichtig sind; hierzu zählen insbesondere
 - Sendemasten, Antennen, Windkraftanlagen oder ähnliche Anlagen
 - Abgrabungen, Aufschüttungen, Ablagerungen oder die Veränderung der Bodengestalt in sonstiger Weise
 - Einfriedungen und Mauern aller Art, ausgenommen Weidezäune und Zäune zum Schutz forstlicher und gärtnerischer Kulturen
 - Gebäude aller Art, auch wenn sie keiner anderen Genehmigungspflicht unterliegen,
12. Straßen, Wege, Park-, Camping- und Sportplätze zu errichten oder wesentlich zu ändern, ausgenommen sind Rückwege und Holzlagerplätze entlang von Wegen,
13. ober- oder unterirdisch geführte Kabel, Draht- oder Rohrleitungen zu verlegen oder Masten aufzustellen.

§ 5

Sonderregelungen

Unberührt bleiben

1. die Waldbewirtschaftung nach den anerkannten Regeln der naturnahen Waldbewirtschaftung, zu beachten ist jedoch § 4 Abs. 2 Nr. 9. Jegliche Gehölzentnahme von artenschutzrelevanten Bäumen ist nur mit Zustimmung der Unteren Naturschutzbehörde erlaubt.
2. **Die Verwendung in Europa heimischer, standortgerechter Baumarten ist für Verjüngungsmaßnahmen zulässig. Nichtheimische Baumarten dürfen nur gepflanzt werden, wenn der Gesamtcharakter der Waldgesellschaften erhalten bleibt und die Baumarten keine Gefahr bergen, sich im Gebiet unkontrolliert durch Samen oder Wurzelbrut zu vermehren.**
3. Maßnahmen zur Aufrechterhaltung der Verkehrssicherheit auf der Straße „Englbergweg“ bei Gefahr im Verzug **auf Basis einer nach den anerkannten Regeln der Baumkontrolle durchgeführten Begutachtung der Einzelbäume unter größtmöglichem Erhalt vorhandener**

Bäume, wenn dies auch ohne Fällung, z.B. durch Kroneneinkürzung oder ähnliche Maßnahmen möglich ist.

4. die rechtmäßige Ausübung der Jagd und des Jagdschutzes, **eine Fütterung mit Kraftfutter ist zu allen Jahreszeiten ausgeschlossen, ebenso wie der Abschuss von Eichelhähern.**
5. die ordnungsgemäße Ausübung der Imkerei,
6. die zum Schutz, zur Überwachung, wissenschaftlichen Untersuchung, Pflege, Optimierung oder Entwicklung des Landschaftsschutzgebietes notwendigen und von der unteren oder höheren Naturschutzbehörde angeordneten oder mit ihr abgestimmten Maßnahmen,
7. die Unterhaltung bestehender Einrichtungen und Leitungen der Ver- und Entsorgung (Wasser, Abwasser, Strom).

§ 6

Befreiungen

- (1) Auf Antrag kann Befreiung von den Verboten des § 4 gewährt werden, wenn
 1. dies aus Gründen des überwiegenden öffentlichen Interesses, einschließlich solcher sozialer und wirtschaftlicher Art, notwendig ist oder
 2. die Durchführung der Vorschriften im Einzelfall zu einer unzumutbaren Belastung führen würde und die Abweichung mit den Belangen von Naturschutz und Landschaftspflege vereinbar ist.
- (2) Die Befreiung kann mit Nebenbestimmungen versehen werden.

§ 7

Zuständigkeiten

- (1) Für die Erteilung der Befreiung ist nach Art 56 Satz 1 Halbsatz 2 BayNatSchG die Stadt Landshut als untere Naturschutzbehörde zuständig.
- (2) Bei Vorhaben der Landesverteidigung und des Zivilschutzes entscheidet über die Befreiung nach Art. 56 Satz 1 Halbsatz 4 BayNatSchG das Bayerische Staatsministerium für Umwelt Gesundheit und Verbraucherschutz als oberste Naturschutzbehörde.

§ 8

Ordnungswidrigkeiten

- (1) Nach Art. 57 Abs. 1 Nr. 2 BayNatSchG kann mit Geldbuße bis zu Fünfzigtausend Euro (50

000 Euro) belegt werden, wer vorsätzlich oder fahrlässig den Verboten des § 4 zuwiderhandelt;

- (2) Nach Art. 57 Abs. 1 Nr. 7 BayNatSchG kann mit Geldbuße bis zu fünfzigtausend Euro (50 000 Euro) belegt werden, wer vorsätzlich oder fahrlässig einer vollziehbaren Nebenbestimmung in Form der Auflage zu einer Befreiung nach § 6 dieser Verordnung nicht nachkommt.

§ 9

Inkrafttreten

Diese Verordnung tritt am ... in Kraft.

Landshut, den ...
Stadt Landshut

Alexander Putz
Oberbürgermeister